

Der archimedische Punkt

Was gehört wem, warum? Eigentum und Gesellschaft

Der Entwurf des Grundsatzprogramms der Partei Die Linke wird erfreulicherweise intensiv und kontrovers diskutiert. Dabei wird auch die antikapitalistische Grundorientierung des Programms in Frage gestellt. Sie muß aber erhalten bleiben, weil ohne sie keine demokratisch sozialistische Gesellschaft entstehen kann. Der archimedische Punkt ist dabei die Eigentumsfrage.

1913 schrieb der renommierte Historiker Charles Beard, daß die amerikanische Verfassung die ökonomischen Interessen derer widerspiegelt, die sie geschrieben hatten. Warum kam Beard zu diesem Ergebnis?

Eine Antwort finden wir bereits bei Marx und Engels in der Deutschen Ideologie: „Die Gedanken der herrschenden Klasse sind in jeder Epoche die herrschenden Gedanken, das heißt, die Klasse, welche die herrschende materielle Macht der Gesellschaft ist, ist zugleich ihre herrschende geistige Macht.“

Wenn wir uns fragen, warum es nur selten gelingt, gängige Klischees und Vorurteile zu überwinden, dann müssen wir immer bedenken: Die Sprache, selbst immer Ausdruck des Zeitgeistes, formt unsere Wahrnehmung. Es ist für uns alle schwer, der überlieferten Begriffswelt zu entkommen. Adorno und Horkheimer erläutern das in der Dialektik der Aufklärung: „Es gehört zum heillosen Zustand, daß auch der ehrlichste Reformier, der in abgegriffener Sprache die Neuerung empfiehlt, durch Übernahme des eingeschlifften Kategorieapparates und der dahinterstehenden schlechten Philosophie die Macht des Bestehenden verstärkt, die er brechen möchte.“

Das Problem der Verfassungstexte der parlamentarischen Demokratien ist, daß die dort verwendeten Begriffe nicht definiert sind. Das gilt vor allem für den Begriff des Eigentums. Was ist eigentlich Eigentum? Im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beispielsweise finden wir auf diese Frage keine Antwort. Aber in § 950 des Bürgerlichen Gesetzbuches steht: „Wer durch Verarbeitung oder Umbildung eines oder mehrerer Stoffe eine neue bewegliche Sache herstellt, erwirbt das Eigentum an der neuen Sache ...“

Würden die Deutschen diese Bestimmungen ernst nehmen, dann müßten sie ihre Wirtschaftsordnung vom Grunde her neu gestalten.

Nun gibt es in vielen Staaten Eingriffe in das Eigentum, etwa durch Steuern, Enteignungen zum Zwecke des Ausbaus der Infrastruktur oder auch durch Subventionen.



Aber warum wird trotz dieser Eingriffsmöglichkeiten die Vermögensverteilung immer ungerechter? Weil das Eigentum in unserer Gesellschaft in vielen Fällen nicht dem zugesprochen wird, dem es von Rechts wegen zusteht.

Die dem § 950 des Bürgerlichen Gesetzbuches zugrunde liegende Auffassung



Eingesandt von Werner Lutz

vom Eigentum ist keineswegs neu. Schon Wilhelm von Humboldt schrieb: „Nun

aber hält der Mensch das nie so sehr für sein, was er besitzt, als was er tut, und der Arbeiter, welcher einen Garten bestellt, ist vielleicht in einem wahren Sinne Eigentümer als der müßige Schwelger, der ihn genießt.“

Und, man glaubt es kaum, der amerikanische Präsident Abraham Lincoln sagte schon 1847: „Die meisten schönen Dinge sind durch Arbeit entstanden, woraus von Rechts wegen folgen sollte, daß diese Dinge jenen gehören, die sie hergestellt haben. Aber es hat sich zu allen Zeiten so ergeben, daß die einen gearbeitet haben, und die anderen, ohne zu arbeiten, genossen den größten Teil der Früchte. Das ist falsch und sollte nicht fortgesetzt werden.“ Das ist heute noch der Kern des Programms der politischen Linken. Die Früchte der Arbeit gehören denjenigen, die sie geschaffen haben.

Das Privateigentum galt und gilt in bürgerlichen Gesellschaften als Garant einer freien Gesellschaft und persönlicher Freiheit. Nur das Privateigentum führe zu wirtschaftlichem Fortschritt, wecke die Eigeninitiative, stärke die Selbstverantwortung und gewährleiste die persönliche Entfaltung. Doch nach wie vor hat diese Art von liberaler Selbstverantwortung einen Schönheitsfehler: Sie

gilt nur für wenige und wird der Mehrheit nicht zugebilligt. In einer Gesellschaft, in der die übergroße Mehrheit kein Vermögen und keine Produktionsmittel besitzt, lassen sich die Privilegien einer besitzenden Minderheit durch das Argument, sie wirkten persönlichkeitsbildend und garantierten die Freiheit, nicht als gesellschaftlich nützlich legitimieren. In der frühen liberalen Gesellschaftstheorie ergab diese Eigentumsauffassung noch einen Sinn.

Das private, weder durch obrigkeitstaatliche noch durch traditionelle oder religiöse Vorschriften beschränkte Eigentum war ein Instrument des wirtschaftlichen Fortschritts, ein Ferment der Auflösung der feudalen Ordnung und der Herstellung der staatsbürgerlichen politischen Freiheit. Für die Väter des Liberalismus war das Privateigentum wegen dieser für die ganze Gesellschaft nützlichen Konsequenz legitim. Aber heute sind derartige Legitimationskriterien fragwürdig und von der Geschichte außer Kraft gesetzt worden.

In der liberalen Gesellschaftstheorie legitimierte sich das wirtschaftliche Privateigentum nur durch den von ihm erzeugten gesellschaftlichen Nutzen. Heute kann diese liberale Gesellschaftstheorie auch dazu herangezogen werden, die Neuverteilung des Eigentums am Vermögen und am Produktivvermögen zu begründen. So wie die Neuverteilung des Eigentums ein Ferment der Auflösung der feudalen Ordnung und der Herstellung der bürgerlichen Freiheit war, so ist heute die gerechtere Verteilung des Vermögens und des Produktivvermögens das Ferment zur Auflösung des Feudalismus in der Wirtschaft und zur Herstellung einer demokratischen Gesellschaft. Die Beteiligung der Belegschaften an ihren Betrieben eröffnet den Weg zu einer freieren und einer demokratischeren Gesellschaft. Wie kein anderer hat das der deutsche Liberale Karl-Hermann Flach formuliert: „Heute sehen wir noch viel klarer, daß Privateigentum an Produktionsmitteln und Marktfreiheit zu einer immer größeren Ungleichheit führen, welche die Freiheit der großen Zahl gegenüber der Freiheit kleinerer Gruppen unerträglich einschränkt. Die Vermögenskonzentration in den westlichen Industriestaaten führt selbst bei wachsendem Lebensstandard und steigender sozialer Sicherung der lohnabhängigen Massen zu einer Disparität, welche der Begründung der Besitzverhältnisse mit dem Begriff der persönlichen Freiheit jede Grundlage entzieht.“ So äußerte sich ein führender Liberaler vor drei Jahrzehnten, und er fährt fort: „Das Problem des Kapitalismus besteht nicht darin, daß Unternehmen Gewinne erwirtschaften, sondern darin, daß die ständig notwendige Reinvestition des größten Teiles der Gewinne nicht nur moderne Produktionsanlagen und Arbeitsplätze schafft, sondern eine ständige Vermögensvermehrung in der Hand der Vorbesitzer der Produktionsmittel.“ Daher laste der Kapitalismus als vermeintlich logische Folge des Liberalismus auf ihm wie eine Hypothek. Die Befreiung des Liberalismus aus seiner Klassengebundenheit und damit vom Kapitalismus sei daher die Voraussetzung seiner Zukunft.

Im Finanzkapitalismus heutiger Prägung wird der größte Teil der Gewinne nicht mehr in moderne Produktionsanlagen reinvestiert; vielmehr wird er im weltweiten Spielkasino verzockt, mit verheerenden Folgen

für die Menschen, vor allem für die Hungernden und die Kranken dieser Welt. Der Finanzkapitalismus enteignet die Beschäftigten nicht nur dadurch, daß

für Jahr die ohnehin bestehende soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeit durch fallende Löhne, Renten und soziale Leistungen bei gleichzeitigen Spekulationsbedingungen Preissteigerungen. Wir brauchen einen neuen Gesellschaftsvertrag mit einer anderen Verteilung des Vermögens und des Eigentums an Produktionsmitteln.

Nur so schaffen wir die gesellschaftliche Basis, um den Finanzkapitalismus in die Schranken zu weisen. Erst eine andere Eigentumsstruktur verteilt die Macht neu und eröffnet die Chance, die Früchte des gemeinsam erwirtschafteten gerecht zu verteilen. Die unsoziale Politik der neoliberalen Ära würde so beendet werden.

Die Kriege der letzten Jahre waren Verteilungskriege, um Rohstoffe und Absatzmärkte. Jean Jaurés analysierte vor 100 Jahren: „Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen.“ Eine antikapitalistische Politik ist daher im besten Sinne Friedenspolitik. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Für die Linke gilt: Krieg ist kein Mittel der Politik. Alle Versuche, diese klare Position der Partei Die Linke aufzuweichen, sind zum Scheitern verurteilt.

Eine durch die Beteiligung der Belegschaften an den Unternehmen geprägte Wirtschaftsordnung dient darüber hinaus auch der Erhaltung unserer Umwelt. Echte solidarische gesellschaftliche Verantwortlichkeit kann der Mensch bei seiner Arbeit nur entwickeln, wenn er im Arbeitsprozeß nicht entmündigt wird. Produktive Arbeit ist Umformung der Natur zu Gebrauchsgütern. Wer im Arbeitsprozeß von jeglicher Verantwortlichkeit enteignet worden ist, der wird auch gegenüber dem Gegenstand seiner Arbeit, der Natur, nicht die notwendige Verantwortung empfinden. Daher müßten diejenigen, die für einen verantwortlichen Umgang des Menschen mit der Natur plädieren, dafür eintreten, daß solidarische Verantwortlichkeit im Arbeitsprozeß entstehen kann.

Aus dem bisher Gesagten folgt: Wir brauchen eine andere, eine neue Eigentumsordnung, wenn wir mehr Freiheit ermöglichen und eine friedliche, soziale, ökologische und demokratische Gesellschaft aufbauen wollen.

Oskar Lafontaine



Grafik von Thomas Kruse in „Ret & Vrang“, Dänemark



Aquarell von Tom Reher in „Antifascistisk Forum“, Dänemark

er ihnen den Zuwachs des Produktivvermögens vorenthält; er verschärft Jahr

Unser Autor war bis Mai 2010 Vorsitzender der Partei Die Linke und ist heute Vorsitzender ihrer Landtagsfraktion im Saarland.

August Bebel: Ein zutiefst reaktionäres Phänomen

Vom heldenhaften Kampf der deutschen Arbeiterbewegung gegen den Antisemitismus

Die CDU und die CSU haben am 24. Oktober 2008 einen gemeinsamen Antrag aller Bundestagsparteien gegen Antisemitismus mit der Begründung abgelehnt, die PDL sei antisemitisch, da sie die Politik Israels gegen die Palästinenser ablehne und deren Streben nach Eigenstaatlichkeit unterstütze. Im Falle Israels werden dessen imperiale Politik und das Judentum demagogisch als eine Einheit ausgegeben. Dabei müssen Antisemitismus, Antizionismus und Kritik am Staat Israel streng auseinandergehalten werden.

Nachdem im faschistischen Deutschland der Antisemitismus in der Judenvernichtung seinen massenmörderischen Höhepunkt erlebte, wäre die CDU gut beraten, sich diesbezüglich mit der Geschichte ihrer Partei und deren Wurzeln, zu denen bekanntlich die antisemitisch belastete Zentrumspartei gehörte, eingehender zu befassen. „Die CDU“, schreibt ihr der israelische Publizist Moshe Zuckermann ins Stammbuch, „ist die letzte Partei, die es sich leisten kann, linke Institutionen von der Unterzeichnung einer wie auch immer gearteten Resolution zur Bekämpfung des Antisemitismus auszugrenzen“.

Auf welche historischen Wurzeln konnte sich die SED, die 1946 aus der Vereinigung von KPD und SPD in der sowjetisch besetzten Zone hervorging, und kann sich heute die Partei Die Linke berufen?

Zunächst muß festgestellt werden, daß der Antisemitismus keine Erfindung der Faschisten war. Er zog sich als religiös verbrämte Judenfeindschaft über Jahrhunderte durch die deutsche und europäische Geschichte. Erst nachdem der deutsche Kapitalismus in sein imperialistisches Stadium eingetreten war, prägte er einen neuen Antisemitismus. Dieser basierte nun auf einer Ideologie, welche die Menschheit in eine „arische Herrenrasse“ und „Untermenschen“ einteilte. Justizrat Heinrich Claß – Vorsitzender des Alldeutschen Verbandes und Interessenvertreter der Kohle-, Eisen- und Stahlindustrie – schrieb schon 1912: „Wer zu der Sozialistengefahr für das Reich die richtige Stellung gewinnen will, muß sich darüber klar sein, daß die Massenvergiftung deutscher Wähler ohne die Mitwirkung des Judentums gar nicht möglich gewesen wäre, daß die wahren Führer Juden sind.“

Im Gegensatz dazu hatte Karl Marx bereits in den Allgemeinen Statuten der Ersten Internationale vom Oktober 1871 formuliert: „Daß alle Gesellschaften und Individuen, die sich ihr anschließen,

Wahrheit, Gerechtigkeit und Sittlichkeit anerkennen als die Regel ihres Verhaltens zueinander und zu allen Menschen, ohne Rücksicht auf Farbe, Glaube oder Nationalität.“ Damit war die bürgerlich-humanistische Idee von der Gleichheit all dessen, was Menschenantlitz trägt, in der Weltanschauung der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung aufgehoben. Das bedeutete zugleich die Ablehnung jeglichen Anspruchs, zu



einem auserwählten und bevorrechteten Volk zu gehören. Es ist unzweifelhaft das Verdienst der deutschen Sozialdemokratie, daß rassistische und antisemitische Auffassungen innerhalb der Arbeiterbewegung damals nicht Raum greifen konnten.

So lehnten Berliner Arbeiter auf einem sozialdemokratischen Massenmeeting am 11. Januar 1881 Versuche der Herrschenden ab, die den jüdischen Mitbürgern verfassungsmäßig garantierte staatsbürgerliche Gleichstellung zu schmälern. Nur drei Monate später protestierten erneut Zehntausende Proletarier in der Hauptstadt gegen eine „Antisemiten-Petition“, für die deren Einpeitscher 250 000 Unterschriften gesammelt hatten. Paul Singer, Jude und Sozialdemokrat, wurde in seinem Wahlkreis trotz wütender antisemitischer Hetze in die Berliner Stadtverordnetenversammlung gewählt, in der er bis zu seinem Tode Vorsitzender der SPD-Fraktion blieb. 1884 zog er gar als Abgeordneter in den Deutschen Reichstag ein. In einer Rede vor diesem Gremium erklärte er am

11. September 1884: „Meine Kandidatur geht in ihrer Bedeutung weit über meine Person hinaus, sie gibt die Gewißheit, daß die Arbeiter auch in Zukunft die Gleichheit für alle hochhalten werden, daß sie nicht fragen werden, wer ist der Mann, sondern wie ist der Mann.“

Als gegen Ende des 19. Jahrhunderts der Antisemitismus in Deutschland zunehmend um sich griff und entsprechende Bewegungen oder Parteien entstanden, beschäftigte sich die SPD intensiver mit dieser Frage. In der von August Bebel ausgearbeiteten und vom Parteitag 1893 angenommenen Resolution heißt es: „Der Antisemitismus entspringt der Mißstimmung gewisser bürgerlicher Schichten, die sich durch die kapitalistische Entwicklung bedrückt finden und zum großen Teil durch diese dem wirtschaftlichen Untergang geweiht sind, aber in Verkennerung der eigentlichen Ursachen ihrer Lage den Kampf nicht gegen das kapitalistische System, sondern gegen ... eine Erscheinung richten, die ihnen im Konkurrenzkampf besonders unbequem wird, gegen das jüdische Ausbeutertum.“ Der einseitige Kampf müsse erfolglos sein, „weil die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen keine speziell jüdische, sondern eine der bürgerlichen Gesellschaft eigentümliche Erwerbsform ist, die erst mit dem Untergang der bürgerlichen Gesellschaft endigt ...“

1894 erschien Bebel's Schrift „Sozialdemokratie und Antisemitismus“. Darin ließ er keinen Zweifel daran, daß der Antisemitismus ein zutiefst reaktionäres Phänomen darstellt, das es mit allen Mitteln zu bekämpfen gelte. In einem Nachtrag zur zweiten Auflage 1906 verwies Bebel darauf, daß „der Antisemitismus heute von den verschiedensten bürgerlichen Parteien und Personen als Abzugskanal benutzt (wird), um die Aufmerksamkeit von der eigenen volksfeindlichen Handlungsweise und von der auf die Zerstörung von Bauern- und Handwerkerexistenzen gerichteten Tätigkeit abzulenken. Der Haß gegen die Juden muß den Deckmantel hergeben für alle möglichen Niederträchtigkeiten, die man selbst begeht, den Juden aber besonders ankreidet.“

Die Niederlage Deutschlands im 1. Weltkrieg und die zunehmende Radikalisierung der werktätigen Massen veranlaßte Claß im Herbst 1918 dazu, die Stoßrichtung seiner antisemitischen Propaganda zu präzisieren: „Es ist nicht mehr genug, die Gebildeten zu gewinnen, es kommt jetzt darauf an, die Massen einzufangen

... Ich werde vor keinem Mittel zurückschrecken und mich in dieser Hinsicht an den Ausspruch Heinrich von Kleists, der auf die Franzosen gemünzt war, halten: Schlagt sie tot, das Weltgericht fragt euch nach den Gründen nicht.“

In Übereinstimmung mit den Auffassungen von Marx und Engels und in Fortsetzung der revolutionären Traditionen der deutschen Sozialdemokratie zur Judenfrage befand sich die 1918/19 entstandene KPD, zu deren Gründern auch Juden wie Rosa Luxemburg und Paul Levi gehörten. Sie erkannte frühzeitig die heraufziehende Gefahr des Faschismus und dessen rassistische Komponente. Wie SPD, USPD und ADGB rief sie die Arbeiter Deutschlands anlässlich der Ermordung von Mathias Erzberger (26. August 1921) und Walter Rathenau (24. Juni 1922), zweier herausragender bürgerlicher Politiker jüdischer Herkunft, zu Demonstrationen und Proteststreiks auf, an denen sich allein in Berlin über eine halbe Million Menschen beteiligten.

Am 24. November 1922 stellte Wilhelm Pieck im Preußischen Landtag fest: „Es ist überhaupt charakteristisch, daß der Faschismus, diese konterrevolutionäre Bewegung, zwei Schlagworte scharf hervortreten läßt, nämlich: ‚Gegen den Bolschewismus‘ und ‚Gegen das Judentum‘. Damit versucht man, die Bevölkerung über die wahren Absichten der Faschistenbewegung zu täuschen.“

Als Reichspräsident von Hindenburg am 30. Januar 1933 Hitler zum Reichskanzler ernannte, gehörten dessen Regierung auch ein ehemaliges Mitglied der Zentrumsparterie – einer CDU-Vorgängerin – und zwei Minister der Deutschen Nationalen Volkspartei (DNVP) an. Es ist gewiß kein Zufall, daß die Reichstagsbrandprovokation vom 27. Februar 1933 und der Judenboykott am 1. April 1933 zeitlich so nah beieinander lagen. Sie richteten sich gegen jene, welche die Faschisten von Beginn an zu ihren Hauptfeinden erklärt hatten: Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter, bürgerliche Humanisten und Juden.

Für die jüdischen Deutschen begann die Zeit der Entrechtung als Staatsbürger, ihre Enteignung und die Nötigung zur Emigration. Die KPD, selbst den schlimmsten Verfolgungen ausgesetzt, bekundete in vielfältiger Weise Solidarität mit den aus rassistischen Gründen Verfolgten. In der im Ausland hergestellten und illegal nach Deutschland eingeschleusten Zeitschrift „Rundschau für Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung“ zog sie den Schluß, daß versucht werde, „die werktätigen Massen, die einen Ausweg aus den Klauen des bankrotten Kapitalismus suchen, vom Klassenkampf gegen den Kapitalismus

ab- und auf einen Rassenkampf gegen die Juden hinzulenken“.

Im „Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitlerterror“ widmete die KPD der „Judenverfolgung in Deutschland“ ein eigenes Kapitel, in dem sie die Verbrechen gegen jüdische Bürger aufdeckte und sich mit den Opfern solidarisierte.



Dem Tode geweiht: Gefangene in Auschwitz

Auf der „Brüsseler Konferenz“ (3. bis 15. Oktober 1935) erklärte Wilhelm Pieck im Schlußwort: „Der Hitlerfaschismus praktiziert die uralte Methode aller Volksunterdrücker und Ausbeuter, die Empörung der Volksmassen ... auf die Juden abzulenken.“ Die Delegierten der illegal gegen den Faschismus kämpfenden KPD prangerten die am 15. September 1935 beschlossenen Nürnberger Rassengesetze an, mit denen man den jüdischen Deutschen die elementarsten Menschenrechte geraubt hatte. Sie waren, unter Mitwirkung des späteren Bonner CDU-Staatssekretärs Hans-Maria Globke, der die juristische Begründung für die staatlich organisierte Judenverfolgung lieferte, entstanden.

Um die Bevölkerung von den schwieriger werdenden wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen abzulenken, den Chauvinismus anzustacheln und durch einen Generalangriff auf die wirtschaftlichen Positionen der jüdischen Deutschen die faschistische Kriegskasse zu füllen, inszenierten von der NSDAP-Führung aufgeputschte SA-Horden am 9. und 10. November 1938 landesweite antisemitische Pogrome, die von der Nazipropaganda zynisch und verlogen „Reichskristallnacht“ genannt wurden. In dieser Schreckensnacht verwüsteten und plünderten SA- und SS-Einheiten Wohnungen, Geschäfte und den jüdischen Gemeinden gehörende Einrichtungen. Synagogen wurden angezündet, jüdische Bürger furchtbaren Demütigungen und Mißhandlungen ausgesetzt. Zur Bilanz dieser Schreckenstage gehörte auch die geschätzte Zahl von 30 000 verhafteten jüdischen Deutschen. Von ihnen wurden

etwa 20 000 in die Konzentrationslager Buchenwald, Sachsenhausen und Dachau verschleppt. 91 Menschen wurden – nach eigenen Angaben der Pogromisten – auf der Stelle getötet. Die letzte Etappe der Vertreibung jüdischer Bürger aus ihrem Vaterland setzte ein. Industrieanlagen, Banken, Geschäfte, Grund und Boden jüdischer Eigentümer wurden „arisiert“. Zehntausende deutsche Juden flüchteten ins Ausland. Nicht wenige Exilanten fielen den faschistischen Eroberern später wieder in die Hände. Ihr Leben endete, wie das der Juden vieler europäischer Länder, in den Gaskammern der Vernichtungslager.

Die im Ausland gedruckte und illegal in Deutschland verbreitete „Rote Fahne“ veröffentlichte im November 1939 die Erklärung des ZK der KPD „Gegen die Schande der Judenpogrome“. Darin heißt es: „Getreu den stolzen Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung, im wahren Geiste der größten deutschen Dichter und Denker erhebt die Kommunistische Partei Deutschlands ihre Stimme gegen die Judenpogrome Hit-

lers, die vor der gesamten Menschheit die Ehre Deutschlands mit tiefster Schmach bedeckt haben.“ Die KPD wandte sich an alle Kommunisten, Sozialdemokraten, Demokraten, Katholiken und Protestanten, an alle anständigen Deutschen: „Helft unseren gequälten jüdischen Mitbürgern mit allen Mitteln! Isoliert mit einem Wall der eisigen Verachtung das Pogromgesindel von unserem Volke! Klärt die Rückständigen und Irreführten, besonders die mißbrauchten Jugendlichen, die durch die nationalsozialistischen Methoden zur Bestialität erzogen werden sollen, über den wahren Sinn der Judenhetze auf.“ Wie die Ergebnisse der historischen Forschung belegen, haben sich die deutschen Kommunisten und viele Sozialdemokraten dieser Herausforderung gestellt und Freiheit und Leben eingesetzt, um jüdische Mitbürger und Mithäftlinge vor dem Vernichtungsterror der Nazis zu schützen. Nicht wenige Juden, Überlebende der Konzentrationslager oder aus dem Exil Heimgekehrte, wählten später für ihren Neuanfang die DDR, um deren antifaschistischen Konsens sie wußten.

„Juden in der DDR waren in ihrer Aktivität unüberhörbar, unübersehbar, unüberlesbar. Sie wurden als Genossen oder Kollegen angeredet wie du und ich“, konstatierte der Grafiker Harald Kretschmar. Juden in der DDR waren Deutsche unter Deutschen, Bürger unter Bürgern. Sie besaßen gemeinsam mit allen anderen anerkannten Verfolgten des Nazi-regimes ein Privileg: Sie erhielten eine Rente als Opfer des Faschismus.

**Dr. Leopoldine Kuntz,
Königs Wusterhausen**